

Schulgeldfreie Ausbildung ist die beste Medizin gegen den Fachkräftemangel in Gesundheitsfachberufen (Birte Pauls SPD)

Ich bedanke mich herzlich für die Einladung und freue mich, dass ich heute die Möglichkeit habe, zu erläutern, was die Landespolitik für die Therapeutenberufe tun kann.

Außerdem möchte ich sie beglückwünschen, dass Sie sich neben Ihrer anstrengenden Tätigkeit auch noch in Ihrer Freizeit berufspolitisch engagieren um den Therapeutenberuf zu sichern.

Das ist ja auch keine Selbstverständlichkeit. Ich durfte ja bereits an verschiedenen Veranstaltungen zum Thema Therapeutenkammer von Ihnen teilnehmen und der Austausch hat mir immer sehr gut gefallen und ich habe viel dazu gelernt.

Ich muss gestehen die ganze Brisanz, Zahlen und Fakten, wie wir sie auch eben der Studie entnehmen konnten war mir in der Form bis vor kurzem nicht so bewusst. Deshalb ist es gut und richtig, dass sie sich in Richtung Politik aufgemacht haben. Dafür auch meinen herzlichen Dank. Was also kann die Landespolitik tun? Ich werde an der ein oder anderen Stelle natürlich nicht umher kommen, die unterschiedliche Haltungen der Parteien deutlich zu machen um aufzuzeigen wo wir in der Debatte stehen.

Die SPD hat sich zur Aufgabe gemacht die Gesundheitsfachberufe im Land weiter zu stärken. Wir haben im Bereich Pflege in den letzten Jahren sehr viel getan, u.a. haben wir die Altenpflegeausbildung durch eine Erhöhung der Landesförderung gebührenfrei gestellt. Natürlich hätten wir unsere Arbeit in Regierungsverantwortung gerne fortgesetzt. Aber um es mit Wilhelm Busch zu sagen: „Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt“. Aber die veränderten Verhältnisse ändern natürlich nichts an den eigenen Zielen und Vorstellungen. Wir stellen als Opposition keine Klamauk-Anträge, sondern beantragen das, was wir in

Regierungsverantwortung machen würden. Deshalb hat die SPD Fraktion im Januar einen Antrag in den Landtag eingebracht und so die Landespolitische Diskussion zu dem Thema angefacht. Inhalt unseres Antrages ist, das Ziel die Ausbildung in den Gesundheitsberufen schulgeldfrei zu gestalten so wie wir es in der Altenpflege auch gemacht haben. Die Wichtigkeit der Therapeutenberufe muss ich Ihnen nicht erzählen. Die Therapeutenberufe sind ein unverzichtbarer Teil unseres Gesundheitswesens. Sie helfen, Selbstständigkeit zu erhalten oder wiederherzustellen.

Durch Therapien können Medikamente reduziert, Operationen verhindert, Schmerzen gelindert, Pflegebedürftigkeit hinausgezögert und Lebensqualität gesichert werden.

Therapien verkürzen Krankheitszeiten und stellen die Arbeitsfähigkeit wieder her. Sie können Kindern mit angeborenen Schwächen Sicherheit und Selbstbewusstsein geben und ihnen so einen besseren Start in ein eigenständiges Leben ermöglichen.

Ihre Erfolge sind nachweisbar und werden daher immer häufiger von Ärzten verordnet. Hinzu kommt der wachsende Bedarf an Therapeuten durch eine immer älter werdende Gesellschaft.

Aber der Fachkräftemangel ist auch in diesem Bereich bereits bittere Realität.

Immer mehr Patienten finden keine Therapeuten für eine zeitnahe Behandlung und können die von den Kassen vorgeschriebene 14 Tage-Frist zum Behandlungsbeginn nicht einhalten.

Noch schwieriger wird es, wenn Hausbesuche erforderlich sind. Die Studie mit dem Titel „Ich bin dann mal weg“ zufolge planen 67 % der 1000 befragten Therapeuten aus den Berufsgruppen Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie einen Berufsausstieg.

Das Ergebnis hat mich tatsächlich kalt erwischt. Und ich bin überzeugt, dass die Brisanz die dahinter steckt kaum einem Politiker bewusst ist. Gleichzeitig hat die Zahl der Physiotherapieschüler nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsausbildung um 30 % abgenommen. Davon ist nicht nur der Berufsstand betroffen, sondern auch die Schulen, die unter starkem finanziellen Druck leiden.

Die Antwort der Landesregierung auf meine kleine Anfrage zum Thema hat deutlich gemacht, dass wir in Schleswig- Holstein insgesamt 1874 Schulplätze für die Ausbildung im Bereich Physiotherapie (974), Ergotherapie (840) und Logopädie (60) haben. Hinzu kommen 65 Studienplätze.

Ein Grund für den Rückgang für die Schülerzahlen ist das hohe Schulgeld, das zwischen 300-400 € monatlich liegt. Das ist für viele junge Menschen nicht finanzierbar. Nicht alle bekommen BaföG. Der anschließende durchschnittliche Verdienst liegt nach 3-jähriger Ausbildung bei 11- 15€ brutto.

Verpflichtende Fortbildungen müssen ebenfalls selber finanziert werden. Eine Gegenfinanzierung erfolgt nach erbrachter Leistung nicht. Erschwerend hinzukommen anschließende Arbeitsbedingungen, die zunehmend zur Berufsflucht führen. Z.B. Verdienstaufschläge, wenn Patienten nicht zur Behandlung erscheinen, zunehmende Arbeitsverdichtung, hoher bürokratischer Aufwand, viele Leistungen, die überhaupt nicht bezahlt werden, wie z.B. Gespräche und Voruntersuchungen, keine Lobby, wenig Wertschätzung. In den Praxen wie auch in den Krankenhäusern wächst der Frust in den jeweiligen Berufsgruppen.

Wir haben hier einen dringenden Handlungsbedarf.

Und ein Schritt ist es eben, die kostenträchtigen Hürden für eine Ausbildung zu senken.

Kleiner Rückblick:

In der Altenpflegeausbildung mussten die Auszubildenden bislang auch immer noch ein Schulgeld zahlen. Was natürlich totaler Irrsinn ist, wenn ich händeringend Fachkräfte benötige, kann ich diese Menschen ihre Ausbildung nicht auch noch selber bezahlen lassen.

Deshalb hat die Küstenkoalition (SPD, SSW, Grüne) die landesgeförderten Ausbildungsplätze soweit aufgestockt, dass niemand mehr die Altenpflegeausbildung selber zahlen muss und zwar seit 2015.

Das haben wir gemacht, obwohl im Koalitionsvertrag auf Bundesebene von 2013 festgeschrieben war, dass die Pflegeausbildung im Rahmen eines Pflegeberufgesetzes erneuert werden soll. Eine gemeinsame und dann endlich kostenfreie Ausbildung aller Pflegefachberufe sollte auf den Weg gebracht werden. Soweit so gut. Aber wann kam dieses Gesetz? Kurz vor der Bundestagswahl im Spätsommer 2017. Umsetzung bis 2020.

Das heißt, hätte die Küstenkoalition nicht schon vorher die 900 zusätzlichen Ausbildungsplätze finanziert, müssten die Auszubildenden in der Altenpflege in Schleswig-Holstein jetzt immer noch Schulgeld zahlen. Das tun sie zum Glück seit 2015 nicht mehr.

Im gerade geschlossenen Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU auf Bundesebene steht geschrieben: „Wir werden die Ausbildung der Gesundheitsfachberufe im Rahmen eines Gesamtkonzeptes neu ordnen und stärken. Wir wollen das Schulgeld für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen abschaffen...“. Das ist im Grundsatz richtig und super. Aber, man braucht kein Politprofi zu sein um zu ahnen, dass der erste Satz „im Rahmen eines Gesamtkonzeptes“ entscheidend dafür sein wird, dass das noch richtig lange dauern wird.

Deshalb ist unser Ansatz zu sagen: Das Land muss auch für die Therapeutenberufe wieder in Vorleistung gehen und sofort in die Finanzierung der Ausbildung einsteigen.

Dafür hat die SPD auch im Rahmen der gerade abgeschlossenen Haushaltsberatungen 2 Millionen € beantragt um jedenfalls einen Einstieg in 200 Ausbildungsplätze zu finanzieren.

So haben wir es in der Altenpflegeausbildung auch gemacht, über 3 Jahre jeweils 200 Plätze, im 3. Jahr dann 300. Das wäre auch finanziell darstellbar gewesen. Leider ist dieser Antrag von den regierungstragenden Parteien abgelehnt worden. Und das obwohl unser Antrag aus dem Januar ja eigentlich eine positive Resonanz bei allen anderen Parteien hervorgerufen hatte. Einige von Ihnen haben die Debatte ja verfolgt. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Es ist immer gut, wenn die demokratischen Parteien, gerade wenn es um die Versorgung von kranken Menschen geht, an einem Strang ziehen.

Aber der dann von Jamaica vorgelegte Alternativantrag von den hatte nur eine weitere Aufstockung der Pflegeausbildung zum Inhalt was fern ab der Realität ist, weil schon die bestehenden Schulplätze nicht voll besetzt sind. Und Gesundheitsberufe gegeneinander ausspielen geht gar nicht. Außerdem bittet man in dem Antrag die Möglichkeiten auf Bundesebene auszuloten und will sich so aus der Verantwortung ziehen.

Im darauffolgenden Sozialausschuss allerdings wurde unser Antrag mit den Stimmen der regierungstragenden Fraktionen von CDU / FDP und Grüne dann von der Tagesordnung genommen. Ich hatte eine mündliche Anhörung beantragt um Ihnen, also den Vertretern der Therapeutenberufe die Möglichkeit zu geben, direkt im Sozialausschuss des Landtages aus Ihrer augenblicklichen Situation zu berichten. Aber leider wurde auch das ohne Begründung abgelehnt.

Ich kann mir vorstellen warum...

Die Regierung schielt jetzt auf die beschlossene Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die bis Ende 2019 einen Aktionsplan zur Neustrukturierung der Gesundheitsfachberufe vorlegen soll.

Da die Arbeit der Bundesregierung aber jetzt neu beginnt, ist sehr fraglich ob dieser Plan gehalten werden kann.

Darauf können die Therapeuten und damit die Patientinnen und Patienten in Schleswig-Holstein nicht mehr warten.

Selbstverständlich setzen wir uns auch bei den Kollegen auf Bundesebene für eine schnelle Umsetzung des Koalitionsvertrages an dieser Stelle ein. Aber wie gesagt, das kann dauern, wenn man erst ein Gesamtkonzept erarbeiten will. Erschwerend hinzu kommt, dass Gesundheitspolitik das Bohren dicker Bretter ist, obwohl es eigentlich jeden Menschen betrifft. Aber besser wäre es, wenn das Land rechtzeitig in Vorleistung geht.

Denn heute ist das fehlende Geld keine Ausrede mehr für politisches Abwarten. Und deshalb fordern wir die Landesregierung auf, den Therapeutenberuf in Schleswig-Holstein durch die schrittweise Kostenübernahme der Ausbildung zu sichern, so wie wir es in der Altenpflegeausbildung auch gemacht haben und nicht auf mögliche Lösungen vom Bund zu warten.

Es ist gut und richtig, dass wir in Schleswig-Holstein das Medizinstudium gebührenfrei anbieten. Es ist gut und richtig, dass die Pflegeausbildungen mittlerweile gebührenfrei sind. Noch besser und richtiger wäre es, die Ausbildung aller Gesundheitsberufe in Schleswig-Holstein gebührenfrei zu gestalten. Wir haben in verschiedenen Debatten immer wieder betont, wie wichtig eine sektorenübergreifende Versorgung, eine gute Kommunikation und die ganzheitliche Betrachtung des Menschen ist. Und dazu gehören dann neben Hausarzt, Facharzt, Krankenhaus und Pflege eben auch die Therapeuten.

Um auf die eigentliche Frage des Themas zurückzukommen was kann das Land für die Therapeuten tun:
Sehr viel, wenn der politische Wille denn vorhanden ist.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen warum Gesundheitspolitik zwar alle Menschen betrifft aber trotzdem das Bohren dicker Bretter ist, ist die Pflegeberufekammer. Ich bin der Meinung, dass diejenigen die am meisten von der Materie verstehen, auch eigenständig und ohne Fremdbestimmung die berufspolitischen Angelegenheiten selber regeln sollen. 2009 haben wir die politische Diskussion begonnen - am 21. April 2018 geht die Pflegekammer an den Start. Ich will Ihnen damit nicht den Mut nehmen, sondern deutlich machen wie wichtig ein kontinuierliches Handeln und Lautwerden ist. Mit der sehr professionellen Organisation ihrer Informationsveranstaltungen sind sie dies bzgl. auf einem guten Weg. Ich wünsche Ihnen dafür viel Erfolg.